

# Anmerkungen zum Begriff „Postfaschismus“

2004

Mit dem Begriff „Postfaschismus“ ist nicht gemeint, daß die Phase der Nachkriegszeit als eine Phase der Emanzipation vom Faschismus und Nationalsozialismus betrachtet wird. Vielmehr bezeichnet der Begriff die modifizierte Fortsetzung faschistischer Ideen und Strukturen in der Demokratie. Sie stellt sich vor allem gegen die geschichtlichen Lesarten, die in Deutschland 1945 den totalen „Zusammenbruch“ als „Stunde Null“ interpretieren mögen, als geschichtlichen „Neuanfang“. In diesen Bildern sind die offensichtlichen reaktionären Tendenzen immer nur als Angriff und Gefahr gegen die Demokratie zu finden. Dagegen hat Adorno bereits 1959 eingewandt, daß „das Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie als potentiell bedrohlicher denn das Nachleben faschistischer Tendenzen gegen die Demokratie“ zu betrachten sei. Die Vorstellung, die Bundesrepublik würde bloß geschichtlichen Ballast in Form von Alt-Nazis mit sich herumschleppen, speist sich auch aus der Neigung, den Nationalsozialismus als reine reaktionäre Blut- und Boden-Ideologie zu interpretieren. Gerade aber seine modernisierenden Komponenten wurden und sind integraler Bestandteil der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Formierung der deutschen Nachkriegsgemeinschaft.

Postfaschismus grenzt sich als Begriff aber ebenso ab von dem des gerne verwendeten Postfordismus. Dieser affirmiert nämlich als Bezugspunkt notwendig eine sogenannte fordistische „Regulationsweise“ nebst dazugehörigem Akkumulationsregime, deren nebulöser Beginn irgendwann zwischen 1917-1950 changiert. Aber genauso, wie man wenig bis gar nichts mit der Verteufelung von schrecklichen kapitalistischen Zuständen versteht, so wenig Erkenntnis bringt der postfordistische Blick auf die deutschen Zustände, weil dieser Blick die spezifische Form des deutschen Fordismus ausblendet, der der Nationalsozialismus ist. Die Rationalisierung der Produktion während des Nationalsozialismus unter massiver Zuhilfenahme von Millionen

Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen ist, in zynisch-deutscher Weise, der Modernisierungsschub, der 1945 nicht einfach abbricht, sondern im Gegenteil in veränderter Form Kontinuität findet (denn wie so oft besteht hier auch die Kontinuität in der Veränderung).

Die Inregienahme der Freizeitkultur und die Ausrichtung auf den (völkischen) Massenkonsum werden von den Einzelnen in die Nachkriegszeit als individualisierter Habitus verlängert. Der Faschismus wird transformiert und modifiziert in einer Weise, in der die konkreten Äußerungen als naiv-harmlos und vor allem als politisch unverdächtig erscheinen. Die blinde, zwanghafte Geschäftigkeit, die beim ersten Hinsehen doch nur dem Aufbau eines kleinen Glücks, des trauten Heims dienen soll und mit der Floskel der „politischen Enthaltensamkeit“ auch noch als Lehre aus der Geschichte verdreht wird, diese Geschäftigkeit ist nach Hannah Arendt „die Hauptwaffe (der Deutschen) bei der Abwehr der Wirklichkeit.“ Das verweigerte Erschrecken über die eigenen Taten in der Vergangenheit übersetzt sich im „Wirtschaftswunder“ in die vom Schmutz befreite Warenwelt. Reinlich und adrett geht es zu unter den deutschen Wunderkindern, die einzig peinlich berührt sich zeigen angesichts ganzer Schuppenlandschaften auf dem Rücken und ungehobelter Partygäste.

Die Rede also von der Rekonstituierung einer bürgerlichen Demokratie mit der Gründung der BRD, die politisch an Weimar und kulturell an Goethe anschließen wollte, war zumindest ein Trugschluß. Aber ein Trugschluß, der zu den Gründungsmythen des liberalen Nachkriegsdeutschlands gehört. Der sogenannte „Rückzug ins Private“ und der wirtschaftliche Wiederaufstieg, das sogenannte „Wirtschaftswunder“, gelten oft als Ausdruck der Läuterung in Form wiedergefundener Liberalität, die auf den kongenialen Zusammenschluß von deutschem Fleiß und Massenkonsum sich stütze. Gezeichnet wird das Bild einer Nachkriegsordnung, die als das ganz Andere gilt: Frieden, Freiheit und Wohlstand und die ohne Probleme an die vorfaschistische Ära anknüpfen könne, bereichert gar um die soziale Zähmung der

kapitalistischen Anarchie der freien Konkurrenz, durch die weitsichtige Einführung der „sozialen Marktwirtschaft“ durch Ludwig Erhard. Die Bundesrepublik hat jedoch nicht einfach zwölf Jahre gestrichen und ist zum status quo ante zurückgekehrt, sondern erhebt sich auf den Resultaten des Nationalsozialismus: Dieser Rechtsstaat, die Wirtschaftswunderjahre sind ohne das gewaltsame Gründungsverbrechen, Arisierung, Zwangsarbeit und Vernichtung nicht zu denken. Der faschistische Sozialpakt transformiert sich scheinbar ohne noch eine Spur seiner terroristischen Durchsetzung zu hinterlassen. In der formalen und institutionellen Inkraftsetzung der „Sozialpartnerschaft“, im unbedingten gemeinsamen Willen zum „sozialen Frieden“, in der Ausrichtung von unterschiedlichen Interessen in der Volkspartei beispielsweise konstituiert sich der deutsche postfaschistische Staat.

Der Faschismus als epochaler Versuch, das Kapitalverhältnis zu reorganisieren in einem Krisenlösungsmodell, das die Gemeinschaft der von permanentem Verlust bedrohten Subjekte konstruiert, hatte längst das Ende der relativen Trennung der Sphären von Gesellschaft und Staat irreversibel vollzogen. In der Herrschaft des Volkes im autoritären Staat kommt die Ideologie der Demokratie als Massendemokratie zu sich selbst. „Der heutige politische Staat“, schrieb Johannes Agnoli 1967, „darf den Notstand auf alle Bereiche ausdehnen, deren Regelung ihm gesellschaftlich übereignet worden ist. Deshalb zerstört seine Praxis die alte liberale Formel von der Trennung von Staat und Gesellschaft.“

Diese Zerstörung hat für die Frage nach dem Subjekt Konsequenzen: Das Individuum ist tendenziell der Mini-Staat, der den abstrakten Staatswillen als Herrschaft verinnerlicht. Während der Staat als postfaschistischer sozialer Wohlfahrtsstaat angesichts der großen Aufgaben nur noch als hilflose Verwaltungsinstanz erscheint, erhöht sich umso mehr die Massenloyalität der einzelnen Individuen gegenüber dem Gemeinwohl, der abstrakten Staatsidee, die man längst sein Eigen nennen darf. Im Postfaschismus geht es um die Reproduktion eben dieses Bewußtseins, das die Sorge um die eigene, egoistische Zukunft durch die Sorge um die Handlungsfähigkeit des Staates ersetzt. Der potentielle Notstand, der, ohne noch der Gesetze zu bedürfen, permanent erscheint und der sich auf alle Bereiche ausdehnt, wird vom Individuum internalisiert. Aus dem vormaligen individuellen Scheitern wird eine Katastrophe für das gesamte

Kollektiv. Aus der staatlichen, disziplinierenden Zurichtung wird die verantwortungsvolle Selbstkontrolle (so bleibt das Zähne putzen keine individuelle Handlung mehr, sondern wird von der Sorge um das nationale Gesundheitssystem ständig eingeklagt). Die vorab geleistete Relativierung der eigenen Interessen zugunsten eines Allgemeinwohls wird dem Subjekt zur zweiten spontanen Natur. Gleichzeitig gerät der bundesdeutsche Staat, im Namen seiner abstrakten Idee, zur alleinigen Appellationsinstanz, soweit es mit der ökonomischen Potenz der nationalen Wirtschaftsleistung abwärts geht (und zwar bisweilen gegen seine faktischen Repräsentanten, von denen man sich eh nur betrogen und verkauft fühlen darf).

Kein Zufall also, daß *attac*, *linksruck* und anderen nichts anderes einfällt als der Ruf nach politischer Kontrolle der frei flottierenden Kapitalströme, nichts anderes einfällt als die Forderung nach der Tobinsteuer: ein staatliches Zwangsmittel zur Habhaftmachung des vermeintlich parasitären Spekulantentums. Und auch kein Zufall, daß ein merkwürdiges, sich „linksliberal“ und „Friedensbewegung“ nennendes Kollektiv – ohne Zwang und bar jeder Vernunft – sich als Exekutivorgan der imperialistischen Interessen des eigenen Staates und der eigenen Regierung formiert.